

Immigration ohne Integration

Ungenügender Arbeitsmarktzutritt für Zuwanderer in Schweden und Dänemark

Immigranten haben es in den nordischen Staaten schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Untersuchungen zeigen, dass das Problem deutlich grösser ist als bisher angenommen. Ungenügende Integration belastet dabei auch die Sozialsysteme.

Rudolf Hermann, Stockholm

Für Malin Sahlén, Projektleiterin für den Bereich Arbeitsmarkt und Integration bei der liberalen Stockholmer Denkfabrik Timbro, ist der Fall klar: Als wichtigsten Baustein für eine erfolgreiche Integration von Einwanderern in die Gesellschaft erachtet sie die Möglichkeit des Einstiegs in eine Erwerbstätigkeit. Genau damit hapert es allerdings in Schweden, das im vergangenen Jahr rund 90 000 Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen hat.

Hohe Hindernisse

Anfang März publizierte die Tageszeitung «Dagens Nyheter» Ergebnisse einer Langzeitbeobachtung von 15 500 Immigranten im arbeitsfähigen Alter, die 2004 ihre Aufenthaltsbewilligung erhalten hatten und immer noch in Schweden angemeldet sind. Nach zehn Jahren Aufenthalt, so die Zeitung, liegt der Medianlohn dieser Gruppe bei 11 000 sKr. pro Monat (rund 1250 Fr.) und damit bei weniger als der Hälfte des schwedischen Netto-Medianlohns von 2014 (knapp 24 000 sKr. / 2700 Fr.). Bei einer weiteren der beobachteten Gruppen, den nachgezogenen Familienangehörigen, lag der Medianlohn nach zehn Jahren in Schweden bei rund 12 000 sKr., und rund ein Drittel war auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Immigranten, die aus beruflichen Gründen nach Schweden gekommen waren, verdienten dagegen nach einer Dekade Aufenthalt im Mittel mit 45 000 sKr. fast das Doppelte des landesweiten Medianlohns.

«Versagen des Staats»

In einer 2014 publizierten Studie, die sich spezifisch mit Schweden als Einwanderungsland beschäftigte, stellte der Europa-Ableger des amerikanischen Migration Policy Institute fest, dass von den Immigranten, die nach dem Jahr 2000 angekommen seien, rund 20% maximal über Grundschulbildung verfügt hätten. Für die Anforderungen des Arbeitsmarkts seien sie damit nicht ausreichend qualifiziert gewesen, wobei dies bei der Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen aber auch kein Kriterium sei. Indes gebe es in Schweden vergleichsweise wenige Stellen für unqualifizierte Erwerbstätigkeit. Weitere Anstellungshindernisse seien hohe Mini-



Gerade in urbanen Zentren wie in Stockholm bleiben die Schweden lieber unter sich.

CATHAL MCNAUGHTON / REUTERS

mallöhne und extensiver Kündigungsschutz. Ähnlich wie in Schweden liegen die Verhältnisse in Dänemark. Dort hat eine Studie des Arbeitgeberverbandes Dansk Arbejdsiverforening (DA) ergeben, dass von 7700 Flüchtlingen, die zwischen 2000 und 2003 nach Dänemark gekommen waren, nach zehn Jahren nur einer von vier eine Beschäftigung hatte.

Es sei alarmierend, dass es dem Land nicht besser gelinge, Flüchtlinge in den dänischen Arbeitsmarkt zu integrieren, sagte der DA-Geschäftsführer Jörn Neergard Larsen gegenüber der Zeitung «Berlingske». Für die Betroffenen sei dies kein akzeptables Resultat, und den Staat koste es substanzielle Aufwendungen an Sozialleistungen. Von

Regierungsseite wurden die Ergebnisse der Untersuchung als «furchterregend» bezeichnet. Wirtschaftsminister Morten Østergaard sprach von einem Versagen des Staats.

Anreize mit wenig Wirkung

Unter Politikern und Arbeitsmarkt-Fachleuten herrscht weitgehende Einigkeit, dass das grosszügige dänische Sicherheitsnetz generell zu wenig Anreize für Sozialhilfebezügler schaffe, eine Beschäftigung anzustreben. Bei Flüchtlingen, wenden Sozialforscher allerdings ein, liege das Problem auch darin, dass ihre beruflichen Qualifikationen und Sprachkenntnisse zu weit von dem entfernt seien, was vom

Arbeitsmarkt nachgefragt werde. Ökonomische Anreize erzielten damit nur beschränkt Wirkung. Diese Erfahrung hat man auch in Schweden gemacht. Deshalb baute 2010 die damalige bürgerliche Regierung ein System extern angestellter «Lotsen» auf, die als Bindeglieder zwischen Arbeitssuchenden, Arbeitgebern und der Staatsverwaltung fungieren sollten. Laut dem schwedischen Rundfunk will die jetzige sozialdemokratisch geführte Regierung diese Vermittlungsfunktion jedoch wieder von den Arbeitsämtern selbst wahrgenommen sehen. Das bisherige System sei anfällig gewesen für kriminelle Machenschaften. Auch «Dagens Nyheter» sprach von umfangreichem Betrug mit Mitteln für die Arbeitsintegration.

Überforderte Verwaltung

Die Inkongruenz zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarkts und dem Qualifikationsprofil eines substanziellen Teils der Zuwanderer wird es Schweden laut Experten schwermachen, das praktizierte liberale Immigrationsmodell längerfristig aufrechtzuerhalten und zu finanzieren.

Aber auch wenn die Qualifikation eines Arbeitssuchenden und die Nachfrage des Stellenmarktes für einmal zusammenpassen, sind noch nicht alle Hürden für eine erfolgreiche Anstellung überwunden. Im Weg stehen kann auch noch die staatliche Bürokratie selbst. Probleme liegen in der Anerken-

nung von Berufsbildungsausweisen sowie langen Bearbeitungszeiten bei Anträgen für Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen. In Schweden ist derzeit die Verwaltung von der Zahl der aufgenommenen Einwanderer offensichtlich überfordert. Die Expat-Publikation «The Local» zitierte einen schwedischen Software-Entwickler, der von einem pakistanischen Kollegen berichtete, der zeitgleich mit ihm das Studium in Schweden abgeschlossen habe. Sein Kollege habe darauf aber feststellen müssen, dass es rund anderthalb Jahre dauern würde, bis er eine Arbeitsbewilligung bekäme. Wenn man als ausländischer Studienabgänger aber vor der Wahl stehe, sofort im Silicon Valley anfangen zu können oder aber in 14 Monaten in Schweden, sei die Antwort wohl klar, wofür man sich entscheide.

Mit einer zunehmenden Zahl von Einwanderern, die schlecht oder garnicht in den Arbeitsmarkt integriert sind, sitzt Schweden auf einer gesellschaftlichen und finanziellen Zeitbombe. Die generelle Haltung der Bevölkerung hinsichtlich humanitärer Migration ist zwar immer noch überwiegend positiv, wie unlängst eine Umfrage der Zeitung «Dagens Nyheter» ergeben hat; 63% der Befragten befürworteten die herrschende Politik ganz oder teilweise, und nur 13% äusserten sich dagegen. Gleichzeitig jedoch vertraten auch 60% die Ansicht, dass die Integration der Zuwanderer nicht gut genug funktioniere und dass dies primär der Regierungspolitik zuzuschreiben sei.

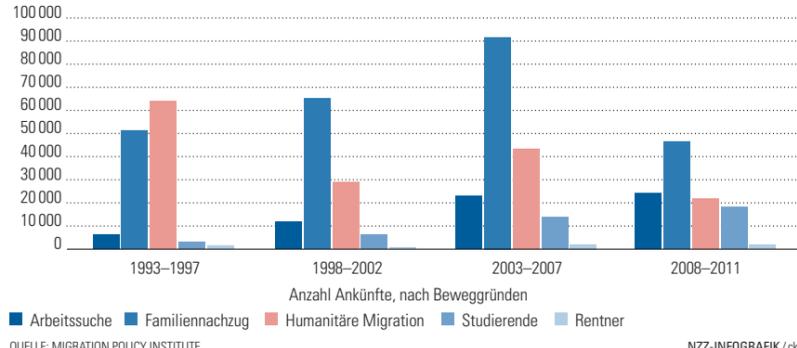
Zunehmende Segregation

Ganz wird das Volk allerdings die Verantwortung nicht bloss auf die Politiker abschieben können. Die Schweden mögen zur Mehrheit stolz sein auf ihre Einwanderungspraxis, doch in ihrer näheren Wohngegend bleiben sie gerne unter sich. Der Generaldirektor des schwedischen Instituts für Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, Olof Aaslund, erklärte unlängst gegenüber «Dagens Nyheter», es sei ein Trend zu verstärkter Segregation sichtbar, namentlich in den urbanen Grossräumen Stockholm, Göteborg sowie Malmö.

Wenig Optimismus lässt sich auch aus einem Befund des «Nordic Labour Journal» herauslesen. Das Fachperiodikum schrieb unlängst, in den nordischen Staaten habe in den zurückliegenden Jahren ein Strategiewechsel stattgefunden, weg von einem Modell ökonomischer Umverteilung und hin zu politischen Massnahmen, welche benachteiligten Arbeitssuchenden, zum Beispiel jungen Leuten mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen, besseren Zutritt zum Arbeitsmarkt geben sollten. Eine positive Wirkung sei allerdings ausgeblieben: Was man feststelle, sei nicht bessere Integration, sondern sogar eine zunehmende Chancengleichheit.

Humanitäre Migration und Familiennachzug mit starkem Übergewicht

Beweggründe zur Migration nach Schweden, 1993–2011



QUELLE: MIGRATION POLICY INSTITUTE

NZZ-INFOGRAFIK / dke.

Digitalisierung als Motor der Innovation

Neue Technologien machen im Bankgeschäft eine Anpassung der Geschäftsmodelle nötig

ti. · Wohin steuern die Schweizer Banken, und wie weit gibt die Digitalisierung des Bankgeschäfts die Richtung vor? Dieser Frage stellten sich anlässlich einer Podiumsdiskussion im Rahmen der NZZ-Podium-Veranstaltungsreihe hochkarätige Banker.

Aus der Sicht von Lukas Gähwiler, Chef der UBS Schweiz, eröffnen neue Technologien zum einen die Möglichkeit, an der Schnittstelle zum Kunden (an der «Front») innovative Dienstleistungen und Produkte bereitzustellen. Denn digital affine Kunden wollen jederzeit und von jedem beliebigen Ort aus Zugriff auf eine möglichst breite Palette von Dienstleistungen und Produkten haben. Wer als Bank auf diese Bedürfnisse eingehen kann, lernt seine Kunden besser kennen, kann rascher auf sich ändernde Gewohnheiten und Vorlieben reagieren, stärkt die Bindung

und das Vertrauen der Kunden. Dies bedeutet nicht, dass die Digitalisierung des Bankgeschäfts den Banker aus Fleisch und Blut verdrängen wird. Wenn es um komplexere Dienstleistungen wie die Verwaltung von Vermögen oder den Kauf eines Hauses geht, wollen viele Kunden immer noch mit ihrem Berater sprechen. Gähwiler macht sich denn auch für ein Geschäftsmodell stark, das Kunden problemlos erlaubt, je nach Bedürfnis über digitale oder traditionelle Kanäle mit ihrer Bank zu interagieren. Aus seiner Sicht ist die Multikanalbank die Bank der Zukunft.

Neben der Front bietet der rückwärtige Bereich eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten für neue Technologien. Im Prinzip lassen sich alle Glieder der Wertschöpfungskette, die (wie der Zahlungsverkehr, die Wertschriftenabwicklung oder das Gebäudemanage-

ment) zu wenig Differenzierungspotenzial bieten, an Dritte auslagern. Anders als etwa im Automobilbau ist die Industrialisierung im Bankgeschäft noch nicht weit fortgeschritten – ein Zeichen dafür, dass die Frage nach der betrieblichen Effizienz angesichts der komfortablen Ertragslage bis vor wenigen Jahren nicht dringlich war.

Vage blieben die Antworten auf die Frage, ob und wofür Kunden in einer digitalisierten Bankenwelt bereit sein werden, einen Preis zu zahlen. Denn rund drei Viertel der Informationen, die in Finanzfragen als Entscheidungsgrundlage dienen, sind heute kostenlos im Internet zugänglich. Skeptisch gibt sich in dieser Hinsicht Urs Rohner, Präsident der Credit Suisse Group. Vontobel-Chef Zeno Staub ist davon überzeugt, dass gute Beratung immer einen Preis haben wird.

Griechenland hält sich an Frist

Rückzahlung einer fälligen Tranche an den IMF

brü. Washington · Wie angekündigt hat die griechische Regierung am Donnerstag die Rückzahlung einer fälligen Anleihe-Tranche von 460 Mio. € an den Internationalen Währungsfonds (IMF) geleistet. Die Zahlung hat an den weltweiten Finanzmärkten und in europäischen Hauptstädten die Hoffnung ausgelöst, dass eine Lösung der griechischen Krise möglich sein könnte. Erst am letzten Sonntag hatte Finanzminister Janis Varoufakis nach einem Treffen mit der IMF-Chefin Christine Lagarde Spekulationen zurückgewiesen, sein Land wolle die Zahlung verzögern.

Allerdings bleibt die Finanzlage des Landes ausserordentlich angespannt, denn die finanziellen Reserven werden geringer, und neue Zuflüsse sind erst nach einem Abkommen über griechische Reformen zu erwarten, die aber auf sich warten lassen. Ferner muss

Athen am 12. Mai eine weitere Anleihe-Tranche von 770 Mio. € an den IMF überweisen. Es ist gegenwärtig unklar, wo die Mittel herkommen sollen. Globale Anleger haben seit geraumer Zeit wenig Neigung gezeigt, griechische Staatsanleihen zu erwerben. Gleichzeitig kommen die Verhandlungen über neue Finanzhilfen durch die EU, die sich seit Jahresanfang hinziehen, nur zäh voran. Für den 24. April ist ein informelles Treffen der europäischen Finanzminister vorgesehen, von dem Fortschritte erhofft werden. Umfangreiche Reformen werden von Athen erwartet.

Hierzu gehört etwa die Kürzung von Staatsausgaben, für die die Griechen kaum Möglichkeiten sehen. Finanzminister Varoufakis sagte, seine Regierung sei nicht länger bereit, Forderungen der EU nach Reformen nachzukommen, nur um neue Kredite zu erhalten.